


Pressemitteilungen

01.10.2003 12:48

 Dokument drucken

---

## Landesregierung setzt Zukunftskonzept für Bevölkerungsschutz um – Ab 1. Oktober zentrale Abteilung für Gefahrenabwehr im Innenministerium

---

Das Innenministerium teilt mit:

Die Landesregierung setzt ihr Zukunftskonzept für den Bevölkerungsschutz um. Ab dem 1. Oktober gibt es deshalb im Innenministerium eine neue zentrale Abteilung für Gefahrenabwehr. Deren Schwerpunkt ist die Koordination aller Aufgaben des Bevölkerungsschutzes und des Feuerschutzes. Das gab Innenminister Dr. Fritz Behrens heute in Düsseldorf bekannt. "Für große Schadensfälle sind wir so künftig besser gerüstet: Wir bündeln alle Kräfte, die bisher an unterschiedlichen Stellen des Hauses gewirkt haben", erklärte er. Die neue Abteilung umfasst alle wesentlichen Aufgaben der Gefahrenabwehr, soweit nicht die Polizei dafür zuständig ist. Dazu zählen auch die Kampfmittelbeseitigung sowie die Zivil-Militärische Zusammenarbeit zwischen der Landesverwaltung, der Bundeswehr und den befreundeten Streitkräften.

Durch diese Neuorganisation innerhalb des Innenministeriums entstehen keine zusätzlichen Kosten. "Wir nutzen die Synergieeffekte, die wir aus der Zusammenführung der einzelnen Aufgaben in einer einzigen Organisationseinheit erzielen. Das ist vernünftig und konsequent", erläuterte Behrens. Schon bisher mussten zum Beispiel die kommunalen Ordnungsbehörden eng mit den Kampfmittelräumdiensten bei den Bezirksregierungen und im Ministerium zusammenarbeiten. Jetzt sind die Ansprechpartner für diese beiden Aufgaben in einer Abteilung zusammengeführt. Außerdem wird das Zusammenwirken mit der Polizei im Krisenfall auf allen Verwaltungsebenen erleichtert werden.

"Nach den Ereignissen des 11. September 2001 und der Hochwasserkatastrophe an der Elbe im Sommer 2002 mussten wir die Gefahrenabwehr und die damit verbundenen Organisationen in einem neuem Licht betrachten", erläuterte Behrens. Die Innenministerkonferenz hatte deshalb im vergangenen Dezember neue Strategien zum Schutz der Bevölkerung beschlossen. Für NRW hatte die Landesregierung im April über das Zukunftskonzept für den Bevölkerungsschutz entschieden.

